

### Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 38 18.09.2015

	forsa	Emnid	IfD Allensbach	GMS	infratest dimap			
W	Wähleranteile: Union zwischen 42 % und 40 %, SPD bei 25,5 % bzw. 24 %							
Po	litische Aufgab		Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben					
W	irtschaft:	Pessim	Pessimistische Erwartungen gesunken					
Eig	gene finanzielle	Lage: Die me	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen der eigenen Lage					
W	ichtigstes Them	na: Flüchtl	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik nennen 82 %					
Ar	lagen:	Grafik Zeitrei	"Themen-Monitor hen	"				

#### Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid¹</b> für BamS	IfD Allensbach <sup>2</sup> für FAZ	GMS <sup>3</sup>
CDU/CSU	41 (-)	40 (-1)	42,0 (+0,5)	42 (-)
SPD	24 (-)	24 (-1)	25,5 (-0,5)	24 (-1)
FDP	4 (-)	5 (+1)	6,0 (+0,5)	4 (-1)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	8,5 (-0,5)	9 (-1)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-1)	9,5 (-)	10 (-)
AfD	4 (-)	5 (+1)	3,5 (-)	4 (+1)
Sonstige	7 (-)	7 (+2)	5,0 (-)	7 (+2)
Erhebungszeitraum	0711.09.	1016.09.	0112.09.	1016.09.

Die Union liegt bei GMS 18 (+1), bei forsa 17 (-), bei IfD Allensbach 16,5 (+1) und bei Emnid 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Beim IfD Allensbach liegt die FDP bei 6 %. Dies ist der höchste Wert seit September 2013.

### Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	
Merkel	52 (-)	
Gabriel	13 (-1)	
Erhebungszeitraum	0711.09.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 39 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

89 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 40 % (-2) für Gabriel und 35 % (+1) für Merkel entscheiden.

 $<sup>^{1}</sup>$  Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (20.09.2015)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> im Vergleich zur KW 34

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> im Vergleich zur KW 35

### Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
CDU/CSU	31 (+3)
SPD	10 (+2)
sonstige Parteien	6 (-)
keine Partei	53 (-5)
Erhebungszeitraum	0711.09.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-5) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

67 % (+5) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (-2) von ihrer Partei.

### Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2015 Emnid für BPA

politische Aufgaben	se wic		wich	ntig	weni wich		unwi	chtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69	(-2)	29	(+3)	0	(-2)	2	(+1)
Altersversorgung langfristig sichern	63	(+3)	31	(-5)	4	(+1)	2	(+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61	(+3)	31	(-6)	7	(+4)	1	(+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	56	(+11)	34	(-7)	6	(-2)	4	(-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55	(-3)	39	(+1)	4	(+1)	1	(-)
Steuerlast gerecht verteilen	51	(-7)	43	(+9)	2	(-4)	3	(+2)
innere Sicherheit gewährleisten	50	(-)	41	(-1)	6	(-)	2	(+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48	(-6)	44	(+5)	6	(-)	1	(+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	47	(-6)	43	(+2)	8	(+3)	2	(+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47	(-5)	40	(+4)	10	(+2)	3	(-)
Gesundheitswesen modernisieren	41	(-9)	45	(+6)	11	(+2)	2	(+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	38	(+4)	50	(+3)	9	(-3)	2	(-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36	(-5)	46	(+2)	14	(+1)	4	(+2)
Staatsschulden begrenzen	33	(-4)	49	(+1)	13	(+2)	3	(-)
Energiewende zügig vorantreiben	32	(-3)	45	(-1)	16	(+3)	5	(+2)
neue Technologien fördern	30	(-1)	51	(+2)	15	(-1)	3	(-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27	(+4)	51	(-3)	18	(+1)	2	(-3)
für Preisstabilität sorgen	26	(-3)	55	(-3)	14	(+3)	4	(+2
Verbraucherschutz stärken	26	(-2)	54	(-)	16	(+1)	2	(-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	20	(-6)	60	(+3)	15	(+2)	3	(-1
Erhebungszeitraum	n 09.+15.09.2015							

Die <u>Bildungspolitik</u> ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von 30-49-Jährigen (82 %) sowie von Anhängern der Grünen (86 %) und der Linkspartei (78 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 62 %). Über 50-Jährige (62 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Die <u>langfristige Sicherung der Altersversorgung</u> wird von Ostdeutschen, 30-49-Jährigen (jew. 71 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (69 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Unter 30-Jährige (47 %), Personen mit hoher formaler Bildung (57 %) sowie Anhänger der Grünen (54 %) sehen diese Aufgabe unterdurchschnittlich häufig als prioritär an.

Der <u>Umwelt- und Klimaschutz</u> wird von Anhängern der Grünen (76 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen; Anhänger der Linkspartei (54 %) sehen diese Aufgabe unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen September 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2015 Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher g	ut	eher/sehr sch	lecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71	(-)	23	(+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67	(-1)	27	(+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	66	(-4)	31	(+5)
neue Technologien fördern	65	(-5)	26	(+3)
für Preisstabilität sorgen	64	(+3)	32	(-3)
innere Sicherheit gewährleisten	63	(-5)	33	(+4)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62	(-)	36	(+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61	(-6)	37	(+6)
Staatsschulden begrenzen	60	(+10)	36	(-9)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56	(-2)	41	(+2)
Verbraucherschutz stärken	55	(-)	39	(+1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55	(-4)	42	(+4)
Energiewende zügig vorantreiben	54	(-3)	42	(+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	51	(-2)	44	(+1)
Gesundheitswesen modernisieren	49	(-1)	46	(-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	47	(-2)	50	(+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40	(-)	55	(+1)
Altersversorgung langfristig sichern	40	(+1)	57	(-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37	(+5)	58	(-7)
Steuerlast gerecht verteilen	35	(+2)	60	(-4)
Erhebungszeitraum		09.+15.0	9.2015	

In 14 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut, insbesondere in der Wirtschaftspolitik (71 %).

Im Politikfeld "Staatsschulden begrenzen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 10 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	
besser	17 (+1)	
schlechter	39 (-4)	
unverändert	43 (+4)	
Erhebungszeitraum	0711.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (-5) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

### Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

7 anguseri in 1 rozente, in 1 vergeelen zur 100				
	<b>forsa</b> für BPA			
besser als vor einem Jahr	17 (	+1)		
schlechter als vor einem Jahr	16 (	-3)		
genauso wie vor einem Jahr	67 (	+3)		
Erhebungszeitraum	0711.09	).		

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (32 % zu 7 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (22 % zu 11 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (28 %) nehmen überdurchschnittlich häufig eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

### Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa <sup>für</sup> BPA
in einem Jahr besser	19 (-4)
in einem Jahr schlechter	16 (+4)
ungefähr so wie jetzt	63 (-)
Erhebungszeitraum	0711.09.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (32 % zu 6 %).

Auch Geringverdiener (24 %) erwarten überdurchschnittlich oft eine Verbesserung.

### Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	forsa <sup>für</sup> BPA
zurzeit günstig	51 (-)
zurzeit eher ungünstig	40 (+2)
Erhebungszeitraum	0711.09.

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (65 % zu 29 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Auch Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (56 % zu 39 %) dieser Ansicht und Männer häufiger als Frauen (58 % zu 45 %).

### Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 35

	<b>forsa</b> für BPA	
eher optimistisch	51	(+4)
eher pessimistisch	29	(-1)
Erhebungszeitraum	0711.09.	

Insbesondere unter 30-Jährige (66 %) und Gutverdiener (61 %) glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

### Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infrate dima für BP/	р
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	82	(+6)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	11	(-2)
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	9	(-)
Erhebungszeitraum	1416.0	09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik. Der Wert steigt erstmals über 80 %.

Überdurchschnittlich häufig sehen unter 30-Jährige (88 %) und Anhänger der Grünen (90 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit einfacher formaler Bildung (74 %) und 45-59-Jährige (76 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

45-59-Jährige (18 %), Ostdeutsche und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 16 %) thematisieren die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig.































